

**Sozialdemokraten gegen ihren Parteivorstehenden.** Der Provinzialvorstand der Sozialdemokratischen Partei der Provinz Hannover, die Vorstände des Gewerkschaftsartells und des Sozialdemokratischen Wahlvereins sowie die Bezirksführer des letzteren in Hannover und die in den Organisationen tätigen Redner nahmen in drei Sitzungen Stellung zu den Parteistreitigkeiten über die Haltung und die Taktik der Reichstagsfraktion bei Bewilligung der Krieganleihen und erklärten:

„Die Bewilligung der Krieganleihen durch die sozialdemokratische Fraktion war eine Notwendigkeit im Interesse des ganzen deutschen Volkes, von dem die in der modernen Arbeiterbewegung organisierten Arbeiter einen großen Teil bilden. Deren Erregenschaften sind mit der Existenz und Unversehrtheit des Landes und Volkes untrennbar verbunden. In Erkenntnis dieser Notwendigkeit halten die Vorstände die Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung für unerlässlich und verurteilen das schädliche Treiben derjenigen, die versuchen, die Partei in einer bisher nicht üblichen Form und unter gröblichster Beschimpfung der Mehrheit der Partei und Fraktion zu einer der Arbeiterbewegung und dem ganzen Volke schädlichen Taktik zu verleiten. Mit der Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung, deren Preisgabe das Ende der Bewegung bedeuten würde, steht die vom

Genossen Haase als Vorsiehendem der Partei herbeigeführte Veröffentlichung des Ausrufs „Ein Gebot der Stunde“ in schärfstem Widerspruch, zumal die Veröffentlichung ohne zuvorige Beratung im Parteivorstand erfolgt ist. Sie mißbilligt das Vorgehen des Genossen Haase, ebenso wie alle Bestrebungen, die darauf hinausgehen, eine Umkehr von der bisherigen Haltung der Partei zu erreichen.“

Von 56 Teilnehmern an der Aussprache stimmten nur zwei gegen diese Erklärung.